

Kein Sololauf des Bundesrates

Calmy-Rey will Parlament über Armee-Einsatz vor Somalia entscheiden lassen

Der Bundesrat soll den Einsatz der Armee gegen die Piraterie nicht dringlich beschliessen, das Parlament soll entscheiden. Dort überwiegt die Skepsis: Sicherheitspolitiker befürchten Kampfhandlungen auf Schiffen.

Stefan Bühler

Am Mittwoch soll der Bundesrat über die Beteiligung der Schweizer Armee an der EU-Operation «Atalanta» gegen die Piraterie vor Somalia entscheiden. Zurzeit wird die entsprechende Botschaft im zuständigen Aussendepartement (EDA) fertiggestellt. Dabei zeichnet sich laut verschiedenen Quellen in der Bundesverwaltung ab, dass

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey dem Bundesrat beantragen wird, das Geschäft als «nicht dringlich» zu verabschieden: Es soll nicht so weit kommen, dass das Parlament erst Stellung nehmen kann, wenn die Elitesoldaten des Aufklärungsdetachements 10 (AAD 10) schon im Krisengebiet im Einsatz stehen. Das letzte Wort über die Entsendung von Schweizer Truppen in den Golf von Aden haben demnach National- und Ständerat, voraussichtlich in der Märzsession.

Skepsis aus allen Parteien

Bewilligt der Bundesrat am Mittwoch das Geschäft, steht der Aussenministerin in den eidgenössischen Räten jedoch noch viel Überzeugungsarbeit bevor. Grüne und SVP lehnen den Einsatz auf hoher See einhellig ab. Insbe-

sondere der geplante Einsatz von bewaffneten Schweizer Soldaten auf Handelsschiffen stösst auch in allen andern Parteien auf breiten Widerstand: «Was ist, wenn es auf einem Schiff zum Ernstfall kommt, eröffnen sie dann das Feuer und führen Krieg?», fragt Bruno Frick (cvp.), Vizepräsident der ständerätlichen Sicherheitskommission. Selbst der Präsident von Calmy-Reys eigener Partei, Christian Levrat, sagt: «Ich bin gegen die Entsendung von Kampftruppen, die direkt gegen die Piraten eingesetzt werden.»

Eine Schweizer Beteiligung an «Atalanta» sehen Levrat, Frick und mehrere SP- und CVP-Vertreter in der Sicherheitskommission sowie FDP-Nationalrat und Oberst Peter Malama allenfalls in der Logistik oder der Sanität. «Jedoch nur, wenn sie in einem sicheren

Staat stationiert sind», wie Frick seinen Standpunkt präzisiert.

Dezidiert für den Einsatz spricht sich indes der Präsident der Sicherheitskommission des Ständerates, Hans Altherr (fdp.), aus: «Schweizer Schiffe sind Schweizer Hoheitsgebiet – die muss man genauso gut schützen wie den Staat Schweiz», sagt er. Klar für die Beteiligung an «Atalanta» hat sich auch schon CVP-Präsident Christophe Darbellay ausgesprochen.

Partnernation gesucht

Vom Tisch ist laut einer mit dem Dossier vertrauten Quelle im EDA auch die Option, den Einsatz im Golf von Aden als Friedensförderungsdienst zu deklarieren; ein solcher könnte gemäss Militärgesetz vom Bundesrat beschlossen werden. Wie diese Quelle gegenüber der «NZZ am Sonntag» erklärt, «bildet nun Artikel 69 des Militärgesetzes über den Assistenzdienst im Ausland die rechtliche Grundlage». Gemäss diesem Artikel können Truppen zum Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland eingesetzt werden, «soweit schweizerische Interessen zu wahren sind». Zudem können Truppen und Material «zur Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen» zur Verfügung gestellt werden. Beide Bedingungen sind im Falle der Operation «Atalanta» anscheinend erfüllt: So misst der Bund den schweizerischen Handelsschiffen, die beschützt werden sollen, eine strategische Bedeutung für die Landesversorgung zu. Zudem dient «Atalanta» prioritär dem Schutz der Schiffe, die im Auftrag des Uno-Welternährungsprogramms Lebensmittel transportieren; die Mission hat also auch eine humanitäre Komponente. Die Schweiz unterstützt diese Hilfe schon heute mit 6 Millionen Franken pro Jahr.

Weiter ist zu vernehmen, dass die Schweizer Soldaten, sollten sie denn an der Operation «Atalanta» teilnehmen, in die Truppe eines EU-Staates integriert würden. Es sei aber nicht so, wie von einzelnen Medien vermeldet, dass Frankreich als Partnernation feststehe. Das könnten etwa auch Deutschland oder England sein, heisst es.



Die Elitesoldaten für den Einsatz gegen Piraten: Das Armee-Aufklärungsdetachement 10 bei einer Übung in Isonne (TI). (Keystone)